

## Vorwort

=====

Wohin man blickt –Die Banken scheffeln wieder Profite, während die Staaten hoch verschuldet die Lasten der Krise durch Sozialabbau auf die Bevölkerung abwälzen: z.B. Rentenreform in Frankreich, Gesundheitsreform und „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes in der Schweiz. Attac-Frankreich untersucht die Strukturanpassungsprogramme von EU und IWF für Griechenland, die als Vorboten für kommende Umbrüche in anderen EU-Ländern gedeutet werden. Bernard Conte spricht gar von „Zuständen wie in der Dritten Welt“.

In Griechenland verschärft sich allerdings der Widerstand der Bevölkerung gegen das kommende Diktat von IWF und EU, die mitten in der Krise „Sparmaßnahmen“ und damit den schärfsten Sozialabbau erzwingen wollen.

Die Generalstreiks in Griechenland zeigen ebenso wie die lange Menschenkette am 24.4. zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel (120.000 Protestierer aller Generationen) in Norddeutschland und die Umzingelung von Biblis, dass sich allmählich die Wut und der Zorn in Aktivitäten und Protesten kristallisieren.

Die Richtung mag noch nicht überall erkennbar sein. Winfried Wolf macht dazu einen Vorschlag, wie wir aus den vielfältigen Krisen herauskommen können. Es geht um ein Übergangsprogramm zur Umgestaltung und ökologischen Neuausrichtung der gesamten Wirtschaft: von der Vergesellschaftung und Schrumpfung des Bankensektors bis hin zu radikaler Arbeitszeitverkürzung und zum ökologischen Umbau der gesamten Wirtschaft.

Das Bankentribunal von Attac-D in Berlin war mit über 1000 TeilnehmerInnen und dem großen Medienecho ein sagenhafter logistischer und medialer Erfolg – allerdings beginnt jetzt im Nachhinein erst die genauere Reflexion: Wurden die richtigen Fragen gestellt? War die Methode des auf Personenfixierten Tribunals wirklich optimal? Welche Theorie (wenn überhaupt eine) über die Ursachen des Desasters lag dem Tribunal zugrunde? Waren die internationalen Zusammenhänge genügend reflektiert? Waren die Opfer personell und konzeptionell genügend vertreten? Welche Handlungsorientierungen lassen sich ableiten aus dem Tribunal, aus der Krise? Wie kann das Primat der Politik und damit das öffentliche Interesse (die RES PUBLIKA, wie Richter Borchert es nannte) über die Finanzmärkte, ja über die Wirtschaft insgesamt wieder hergestellt werden?

Auf all diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Der wissenschaftliche Beirat von Attac-D lädt zu einem Workshop auf der kommenden Sommerakademie in Hamburg ein, auf dem diese Fragen diskutiert werden. Wir beginnen hier schon mal mit einigen kritischen Beiträgen. So bedauert Werner Rügemeier, auf dessen Initiative das Tribunal ursprünglich zurückging, dass die Täter mit Samthandschuhen angefasst wurden: „Auf einen Schuldspruch wegen Komplizenschaft und Ausplünderung der Staatsfinanzen für private Zwecke wartete man vergeblich“. Andreas Fisahn meint, dass das Tribunal „kreuzbrav“ war und letztlich dem vorherrschenden neoliberalen Diskurs „auf den Leim gegangen ist“. Konrad Schuhler bemängelt die Theorielosigkeit des Tribunals mit fatalen praktischen Folgen „Die Richtung, die von dem Urteil angegeben wird, stimmt. Das Ziel liegt allerdings jenseits der kapitalistischen Schranken“. Zu beklagen sei der „reformistische Grundirrtum, der Staat könne als Vermittler zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Wohl fungieren“.

Nach dem Tribunal bleibt die Frage: was folgt aus alledem? Welche strategischen und taktischen Handlungsoptionen leiten sich aus dem „Urteil“ ab?

In Washington fand ein globales Treffen zahlreicher Regierungschefs zur Atomwaffen-Kontrolle statt, das viele, z.B. IPPNW, sehr enttäuscht hat. Es ging nicht um „Atomwaffen für keinen“, sondern eigentlich um die Aufrechterhaltung des status quo, in dem die Atommächte ihr Monopol mit leichten quantitativen Modifikationen aufrecht erhalten, die USA das Erstschlagsrecht unverändert für sich beanspruchen und die NATO nicht daran denkt, die atomare Abschreckung aufzugeben und z.B. alle Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen.

Mohssen Massarrat hält das ganze Treffen auch für eine Machination, die Israel erlauben sollte, von ihren eigenen mehreren hundert Atombomben abzulenken. Er fordert, endlich über eine atomwaffenfreie Zone im gesamten mittleren Osten zu verhandeln.

Arundhati Roy , die indische Schriftstellerin, die 2004 eine viel beachtete Grundsatzrede für die globalisierungskritische Bewegung auf dem Weltsozialforum in MUMBAI hielt (SiG30), berichtet jetzt über den Versuch der indischen Regierung (Aktion „Green Hunt“), die rohstoffreichen Gebiete des Landes von ihren rebellischen Bewohnern zu reinigen. Die indische Regierung droht ihr mit staatlichen Sanktionen. Sie wird auf unsere Solidarität angewiesen sein.

Barbara Waschmann bleibt nicht bei einer Kritik an den Medien, sondern hat zum Aufbau von „Die Normale“ maßgeblich beigetragen, einem Projekt in Österreich zur Verbreitung alternativer Filme

----

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

Inhalt von Sand im Getriebe Nr. 82

=====

Vorwort: Raus aus den Krisen -aber richtig!

<http://sandimgetriebe.attac.at/8629.html>

Zwei Wege aus der Krise, von Winfried Wolf

<http://sandimgetriebe.attac.at/8630.html>

Bankentribunal von attac Deutschland

=====

Vorbereitung der Krise und Aushöhlung der Demokratie, von Conrad Schuhler

<http://sandimgetriebe.attac.at/8786.html>

Schwachstellen des Tribunals: Interview mit Conrad Schuhler

<http://sandimgetriebe.attac.at/8787.html>

"Beinah ein Freispruch" – Urteilskritik als Nachtrag zum Bankentribunal, von Andreas Fisahn

<http://sandimgetriebe.attac.at/8788.html>

Das ATTAC-Bankentribunal endete mit der Aufforderung an die Täter, es zukünftig besser zu machen, von Werner Rügemer

<http://sandimgetriebe.attac.at/8790.html>

Griechenland

=====

Griechenland: Strukturanpassungsprogramme wie in Ländern der Dritten Welt, von Bernard Conte (Hier im Anhang, da die Datei zur Zeit nicht heruntergeladen werden kann)

<http://sandimgetriebe.attac.at/8791.html>

Griechen machen Druck. Arbeiterkämpfe in Griechenland

<http://sandimgetriebe.attac.at/8793.html>

Attac Frankreich Der Euro in Händen des IWF: ein historischer Bruch

<http://sandimgetriebe.attac.at/8794.html>

=====

Frankreich: Ablehnung der neuen Rentenreform, von Bernard Schmid

<http://sandimgetriebe.attac.at/8795.html>

Das Gesundheitssystem der Schweiz, von Sebastian Schief und Maurizio Coppola

<http://sandimgetriebe.attac.at/8796.html>

Attac Schweiz Die 4. Revision der Arbeitslosenversicherung gegen die Lohnabhängigen  
<http://sandimgetriebe.attac.at/8797.html>

=====  
Verstehen um zu handeln, von Barbara Waschmann  
<http://sandimgetriebe.attac.at/8798.html>

=====  
Ein offener Brief von Israelis an Die Linke  
<http://sandimgetriebe.attac.at/8799.html>

IPPNW: Unser Rezept gegen Atomterrorismus: der Atomausstieg  
<http://sandimgetriebe.attac.at/8800.html>

Mohssen Massarrat Vorwand Atomwaffensperrvertrag  
<http://sandimgetriebe.attac.at/8801.html>

Indien: »Krieg gegen die Armen«  
<http://sandimgetriebe.attac.at/8802.html>

Dieses Erbe an Rebellion hat ein wütendes Volk hinterlassen, von  
Arundhati Roy  
<http://sandimgetriebe.attac.at/8803.html>

Cochabamba, Bolivien, 19.4.-22.4 Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von  
Mutter Erde  
<http://sandimgetriebe.attac.at/8804.html>

-----  
Nach Redaktionsschluss erreichte uns ein Brief aus Griechenland, gerichtet an die Menschen und  
Gruppen, die das Europäische Sozialforum in Istanbul vom 1.7. bis zum 4.7. vorbereiten,  
<http://www.esf2010.org/>

\*\*\*\*\*

Liebe Leute,

die finanzielle Situation in Griechenland spitzt sich täglich zu. Zur Zeit ist es für das Land unmöglich,  
von den Finanzmärkten zu leihen. Der Zinssatz für griechische Anleihen ist bei Laufzeit 10 Jahre  
10,55% (18,50% bei 2 Jahre Laufzeit). In Wirklichkeit will niemand Griechenland Geld leihen.

Die Regierung versucht, den Prozess der EU-IWF-Hilfe zu beschleunigen.  
Wenn sie das Geld bis zum 18. Mai nicht bekommt, ist der Staat gezwungen, die Zahlungen  
auszusetzen. Dennoch, die Bedingungen von Deutschland und dem IWF für das Darlehen werden eine  
echte gesellschaftliche Katastrophe verursachen. Unsere europäischen Partner fordern: 15% Kürzung  
der Gehälter sowohl in privaten und öffentlichen Sektor, Erhöhung der Altersgrenze für den Ruhestand  
auf 67 Jahre, Rückgang der Renten, Tausende (vielleicht hunderttausende) Stellen abzubauen im  
öffentlichen Sektor, die Abschaffung der Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, die  
Abschaffung aller rechtlichen Einschränkungen bei Arbeitsplatzvernichtungen in der Privatwirtschaft,  
Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben (es ist bereits bekannt, dass die Klassenstärke im nächsten  
Jahr von 25 Schülerinnen und Schüler in jeder Klasse auf mehr als 30 vergrößert werden soll). Wie Sie  
sehen können, ist das der denkbar schlechteste IWF-Plan.

Aber es ist leicht möglich, dass die Situation endgültig außer Kontrolle gerät sogar trotz dieses  
katastrophalen Plans. Viele Menschen vergleichen die Situation mit der von Argentinien. Zunächst  
einmal gibt es eine Welle von Abhebungen von Geld von den Banken. Die Reichen und die  
Mittelschicht haben Angst, dass die Deutschen Griechenland aus der Eurozone drängen könnten. Sie

versuchen, ihre Euros durch Transfers nach Zypern oder durch Immobilieninvestitionen in London zu sichern (einige horten das Geld zu Hause ...). Zusätzlich scheint es im weiteren Verlauf unmöglich, dass Griechenland in der Lage sein wird, seine Schulden zurückzuzahlen selbst mit Hilfe des IWF. Man schätzt, dass von den fünf nächsten BIPs ein ganzes verwendet werden muss, um die öffentlichen Schulden zu bezahlen.

Zusammenfassend: Griechenland steht vor dem Abgrund.

Am 5. Mai wird es einen Generalstreik in Griechenland geben. Es wäre eine gute Idee für die europäischen Bewegungen diesen Tag zu einem Tag der Solidarität mit der griechischen Bevölkerung und des internationalen Widerstandes gegen die neoliberale Politik des IWF- der EU zu machen.

P.S. Als ich um 11:00 Uhr mit dem Schreiben anfang betrug der Zinssatz 10,58 %. Nun ist es 11:25 Uhr und der Zinssatz beträgt bereits 10,85% .

Yannis Almpanis (Mitglied des Netzwerkes für politische und soziale Rechte)

\*\*\*\*\*

Bernard Conte

Griechenland: Strukturanpassungsprogramme wie in Ländern der Dritten Welt

Der massive Sparkurs, dem sich Griechenland unterziehen soll, hat sein Vorbild in der Strukturanpassungspolitik, die den Ländern des Südens vom IWF nach der Schuldenkrise auferlegt wurde, die 1982 nach der Wiederanhebung der Leitzinsen durch die Fed ausgelöst wurde, stellt der Wirtschaftswissenschaftler Bernard Conte fest. Zu dieser Zeit, wie auch heute, bestand die echte Schwierigkeit darin, den Bevölkerungen klar zu machen, dass sie die Kosten der Krise tragen müssen. Doch seither sind die politischen Maßnahmen zur Durchsetzung solcher bitteren Pillen ausgefeilter geworden, gibt er zu bedenken, und erinnert daran, dass die OECD für alle Fälle einen Leitfaden zu Strategien herausgegeben hat, die unter solchen Umständen verfolgt werden sollen. Beispielsweise kann man dort lesen, dass „wenn die Sachausgaben gesenkt werden, darauf zu achten ist, dass man nicht die Menge der Dienstleistungen reduziert, auch auf die Gefahr hin, dass deren Qualität leidet. Man kann zum Beisp

iel die Sachmittel für Schulen und Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Schüler oder Studenten zu beschränken. Die Familien würden nämlich sehr heftig auf die Ablehnung einer Anmeldung ihrer Kinder an einer Schule reagieren, nicht jedoch auf eine graduelle Verschlechterung der Unterrichtsqualität.“

Erinnert Sie das nicht an etwas?

Griechenland ist hoch verschuldet und die internationale Finanzwelt attackiert das schwache Glied der Eurozone, um den Zusammenhalt des Ganzen auf die Probe zu stellen, bevor sie möglicherweise in anderen Ländern spekuliert, um extrem hohe Profite zu erzeugen.

Die Reaktion auf diese Attacke dürfte sein, dass Griechenland unter «Vormundschaft» der europäischen Union, seiner Partner innerhalb der Eurozone und/oder eines möglichen europäischen Währungsfonds gestellt wird. Ähnlich den Ländern der Dritten Welt seit Beginn der 1980er Jahre wird Griechenland erleben, dass ihm ein drastisches wirtschaftliches und soziales Anpassungsprogramm auferlegt wird, das ihm Strukturen wie in einem Dritte-Welt-Land beschere wird – wahrscheinlich Verbote einer ähnlichen Entwicklung in anderen europäischen Ländern.

Griechenland verzeichnet ein riesiges Haushaltsdefizit, das durch Kredite finanziert werden muss, deren Summe die Staatsverschuldung erhöht. Um das Vertrauen seiner privaten Kapitalgeber wieder herzustellen, muss das Land seine Verschuldung verringern. Ansonsten könnte der « Risikoaufschlag », der von den Geldgebern gefordert und zu den « normalen » Zinssätzen hinzugerechnet wird, zu einem Wucherzins führen. Giorgos Papandreou hat keine andere Wahl, er muss die Neuverschuldung senken, ja sogar den Umfang der griechischen Gesamtverschuldung verringern.

Das Beispiel der Dritten Welt 1982

Die «Überschuldung» Griechenlands erinnert sofort an die Lage der Länder der Dritten Welt während der Schuldenkrise ab 1982. Damit diese ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen konnten, bekamen die Länder der Südens, die ihren Schuldendienst nahezu eingestellt hatten, «Hilfe» vom IWF

und der Weltbank. Diese Institutionen gaben den Ländern des Südens Kredite, damit diese ihre Gläubigerbanken bezahlen konnten. Die genannten Banken konnten somit einen großen Teil ihrer "faulen" Forderungen oder (toxischen Papiere, in politisch korrekter Sprache) dem IWF und der Weltbank zuschieben. Im Gegenzug bekamen die Länder, denen "geholfen wurde", Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen, die Umsetzung des Konsens von Washington, der von einem neoliberalen und monetaristischen Geist geprägt war[1].

Mit der Anwendung seiner „zehn Gebote“ zielt der Konsens von Washington darauf ausgerichtet, dass die Länder durch Strukturanpassungsmaßnahmen ihre Fähigkeit wiedererlangen, den Schuldendienst (Hauptschuld und Zinsen) ihrer Außenhandelsverschuldung zu leisten. Es müssen also um jeden Preis Gelder bereitgestellt werden, um die Gläubiger zu bezahlen.

#### Verringerung des Staatsdefizits

Dieser Ansatz beinhaltet die Senkung der Ausgaben und die Erhöhung der Staatseinnahmen.

Bezüglich der öffentlichen Ausgaben impliziert dies die Reduzierung

- der Personalkosten des öffentlichen Dienstes (Senkung der Beschäftigtenzahl und/oder der Höhe der Gehälter)
- anderer Haushaltsausgaben (Bildung, Sozialwesen...)
- von Subventionen (öffentlicher Dienst, Vereine...)
- öffentlicher Investitionen (Infrastrukturmaßnahmen...)

Die Erhöhung der Einnahmen erfordert

- die Erhöhung der Steuerlast
- die Privatisierung von rentablen öffentlichen Dienstleistungen (Wasser, Strom..)

Und ganz allgemein soll das Wachstum den Handlungsspielraum erweitern, d.h. durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität, die ganz automatisch die Staatseinnahmen erhöht. Das Wachstum kann mit Hilfe von Exporten erreicht werden, wenn die nationale Produktion aufgrund der Abwertung der nationalen Währung im Ausland wettbewerbsfähiger wird. Sollte sich dies jedoch als unmöglich herausstellen, bleiben inflationsdämpfende Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit (wie dies auch für den CFA-Franc vor der Abwertung von 1994 geschah [2] ), die darin bestehen, eine niedrigere Inflationsrate als in konkurrierenden Ländern zu erreichen.

Letztendlich bedeutet die Philosophie der Strukturanpassungsprogramme, einerseits eine lokale Überschussproduktion zu erreichen (durch das Wachstum), und andererseits den lokalen Verbrauch dieses Überschusses zu reduzieren, damit er exportiert werden kann. In keinem Fall ging es um das Wohlergehen der Bevölkerung.

#### Eine dramatische Bilanz der Strukturanpassungsmaßnahmen

Die Weltbank und der IWF finanzierten zahlreiche Studien, um zu zeigen, dass die Strukturanpassungen Wachstum erzeugen würden und durch den Durchsickerungseffekt (Trickle-Down-Effekt) sogar für die Armen Vorteile bringen würden. Doch die negativen sozialen Konsequenzen wurden schnell sichtbar und bemängelt[3] . So wuchs die Armut und die vorher existierende Mittelschicht verarmte. Die Bevölkerungen der Länder des Südens erlebten die unheilvollen Konsequenzen der Anpassungsmaßnahmen, mit denen die Schulden zurückgezahlt werden sollten, von denen sie nur wenig profitiert hatten.

Griechenland leitet die Politik der Strukturanpassungsmaßnahmen in Europa ein

Bis heute war die aufgezwungene neoliberale Anpassung den "nicht entwickelten" Ländern vorbehalten. Griechenland setzt den Prozess einer Entstehung von Strukturen der Länder der Dritten Welt in Europa in Gang, indem es sich unter das Joch der „Anpassung“ begibt. Dem Beispiel der Länder der Dritten Welt folgend, geht es darum, den Handlungsspielraum des Staatshaushalts durch die Reduzierung der Staatsaufgaben, durch Privatisierung, Deregulierung und deutliche Einschnitte im Gesundheitswesen, in der Bildung etc. zu erweitern, um die Auslandsschulden zu bezahlen,

Griechenland als Testfall für ein neoliberales Europa

Ein Unsicherheitsfaktor bleibt: die Reaktion der Bevölkerung. Wird die Bevölkerung den „Sparkurs“ akzeptieren? Streiks und Demonstrationen finden schon statt. Gestern, am 11. März, protestierten über 100.000 Menschen in den Straßen von Athen. In Portugal und in Spanien ist die gesellschaftliche Mobilisierung im Gange. Wird die Anpassung auf ein gesellschaftliches Hindernis stoßen? Dies wird umso mehr der Fall sein, wenn die sozialen Unruhen politische Auswirkungen haben, indem politische

Kräfte aufstreben und möglicherweise an die Regierung kommen, die sich außerhalb des "Konsens" befinden. Aber auch hier können sich die beteiligten Eliten von den Erfahrungen der Dritten Welt inspirieren lassen, um die Reformen "durchzubringen".

#### Die politische Umsetzbarkeit der Strukturanpassungen

In den 1990er Jahren wurden innerhalb der OECD viele Konzepte über die politische Umsetzbarkeit der neoliberalen Strukturanpassungen erarbeitet [4]. Christian Morrisson warnt: „Die Umsetzung von Strukturanpassungsprogrammen in Dutzenden von Ländern in den 1980er Jahren hat gezeigt, dass man die politische Tragweite der Anpassungen nicht beachtet hatte. Unter dem Druck von Streiks, Demonstrationen, sogar Aufständen waren mehrere Regierungen gezwungen, ihre Programme zu unterbrechen oder diese drastisch zu kürzen.“ (S. 6). Es empfiehlt sich, die Risiken zu verringern und eine passende politische Strategie anzuwenden.

#### Maßnahmen mit geringem politischem und sozialem Risiko

Auf der Grundlage von mehreren Länderstudien betont Christian Morrisson „die politische Bedeutung bestimmter Maßnahmen [...]: Mit einer restriktiven Geldpolitik, drastischen Kürzungen von öffentlichen Investitionen oder der Reduzierung der Haushaltsausgaben geht eine Regierung kein Risiko ein. Dies bedeutet nicht, dass diese Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft haben: Der Rückgang der öffentlichen Investitionen verlangsamt das Wachstum in den kommenden Jahren und drängt tausende von Bauarbeitern von jetzt auf gleich in die Arbeitslosigkeit ohne Anspruch auf Sozialleistungen. Wir ziehen hier jedoch nur aufgrund eines Kriteriums Schlussfolgerungen: Das Risiko von Unruhen zu verringern“ (S. 16). Nun, „die Bauunternehmen leiden sicher sehr unter solchen Einschnitten [der staatlichen Investitionen] und die Firmenpleiten und Entlassungen vervielfachen sich. Doch dieser Sektor, der vorrangig aus kleinen und mittelständischen Unternehmen besteht, hat fast keine politische Macht (S. 17). Die Kürzung der Löhne und der Abbau von Arbeitsplätzen in der Verwaltung und in halböffentlichen Unternehmen gehören gewöhnlich zu den wichtigsten Maßnahmen der [Strukturanpassungs-]Programme“ (S. 29).

Nach Meinung von Christian Morrisson ist diese Maßnahme „politisch weniger gefährlich“ als andere, denn „sie betrifft eher die Mittelschicht als die Armen“ (S. 29). Im Fall von Unruhen (Streiks...) „hat die Regierung immer die notwendigen Mittel, um an den Pragmatismus der Beamten zu appellieren. Sie kann beispielsweise erklären, dass der IWF eine Reduktion der Personalkosten um 20 Prozent fordert und dass man die Wahl hätte, entweder Beschäftigte zu entlassen oder die Gehälter zu kürzen und dass sie die zweite Lösung im Interesse aller Beteiligten vorziehe. Die Erfahrungen mehrerer afrikanischer Regierungen haben gezeigt, dass solche Worte Gehör finden“ (S. 29). Das was für Afrika gilt, ist sicherlich auch anderswo gültig.

#### Verschlechterung der Qualität des öffentlichen Dienstes

„Wenn man die Haushaltsausgaben reduziert, muss darauf geachtet werden, dass nicht der Umfang der Dienstleistungen abnimmt, auf die Gefahr hin, dass die Qualität sinkt. Man kann beispielsweise die Sachmittel für Schulen oder Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Anzahl von Schülern oder Studenten zu beschränken. Die Familien würden nämlich sehr heftig auf die Ablehnung einer Anmeldung ihrer Kinder an einer Schule reagieren, nicht jedoch auf eine graduelle Verschlechterung der Unterrichtsqualität. Die Schule kann schrittweise und punktuell einen Beitrag der Familien einfordern oder das ein oder andere Angebot abschaffen. Diese Maßnahmen werden schleichend durchgeführt, in einer Schule aber in der nächsten nicht, so dass eine generelle Unzufriedenheit in der Bevölkerung vermieden wird“ (S. 30). Ohne Kommentar!

#### Die Spaltung der Gesellschaft als Voraussetzung für Strukturanpassungen

„Eine Regierung kann nur schwer gegen den Willen der Öffentlichkeit als Ganzes [Anpassungsmaßnahmen durchsetzen]. Sie muss die Unterstützung eines Teils der Öffentlichkeit gewinnen, auch wenn dadurch einige Gruppen besonders benachteiligt werden. In diesem Sinne ist ein Programm, das alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen trifft (d.h. ein Programm, das aus sozialer Sicht neutral wäre), viel schwieriger durchzuführen als ein einseitiges Programm, unter dem nur bestimmte Gruppen leiden müssen und andere ausgespart werden, damit diese die Regierung unterstützen“ (S. 17). Da „die Mehrheit der Reformen bestimmte Gruppen treffen und gleichzeitig andere bevorteilen, [...] kann sich eine Regierung jederzeit auf die Koalition der Gruppen auf der Gewinnerseite gegen die Verlierer verlassen“ (S. 18). Man muss also die Gesellschaft spalten und gegeneinander aufbringen, um dann etwas durchzusetzen.

#### Ideale Bedingungen in Diktaturen für die Durchsetzung von Reformen

„Wenn man die Länder Lateinamerikas miteinander vergleicht und demokratische Regime, wie Kolumbien, Ecuador und Peru, Militärregimes wie Argentinien oder Chile zwischen 1981-82, gegenüberstellt, zeigt sich, dass es in Militärregimes viel weniger Unruhen gibt.[...] Der Vergleich der Erfahrungen mit Argentinien unter der Militärdiktatur (1981) und als Demokratie (1987) spricht Bände: Die Protestrate war 1987 dreimal höher und es gab viel mehr Demonstrationen“ (S. 12). Ein hartes Regime ist daher optimal geeignet, um Reformen durchzusetzen. Ist der Neoliberalismus dabei, zu entgleisen?

Auf jeden Fall zeigt sich an Griechenland, wie europäischen Staaten Strukturanpassungsprogramme drohen wie Länder der Dritten Welt seit langem erleiden müssen.

12. März 2010

Fußnoten

|1| Siehe auch: Le consensus de Washington

|2| Bernard Conte, Dévaluation du Franc CFA et équilibre des paiements courants, DT n°20, C.E.D., Bordeaux, 1997

|3| Beispielsweise nachzulesen bei: Cornia, Giovanni Andrea, Richard Jolly, and Frances Stewart. Adjustment with a human face. Protecting the vulnerable and promoting growth vol 1. Oxford : Clarendon Press, 1987

|4| Vg. Christian Morisson, La faisabilité politique de l'ajustement, Paris, Centre de développement de l'OCDE, Cahier de politique économique n° 13, 1996. (bis zur letzten Fußnote beziehen sich die Seitenzahlen auf dieses Dokument).

Bernard Conte ist Dozent an der Universität Bordeaux. Autor des Buchs "La Tiers-Mondialisation de la planète" (Die Welt wird zum Dritte-Welt-Land)

<http://www.cadtm.org/La-Grece-prefigure-la-Tiers>

Übersetzung: coorditrad (Kirsten HEINIGER, Annette HEISS)

Ohne Kommentar:

„Ein Diktator fände in Griechenland immer noch enorme Möglichkeiten, Geld zu beschaffen und die Zinsen weiter zu bedienen. Athen könnte Staatsunternehmen verkaufen, Beamte später als bisher pensionieren, die Pensionen drastisch kürzen und die Steuereintreibung professionalisieren. All das brächte Geld. Als Ultima Ratio hat die Regierung immer noch die theoretische Möglichkeit, die 10 Millionen Griechen zu enteignen. Doch Demokraten möchten sich und den Bürgern die Schmerzen nicht zumuten, die damit verbunden sind. Lieber kapitulieren sie vor den Gläubigern als vor den Bürgern“

Winand von Petersdorff in der FAZ vom 25. April, Seite 33

---

Eine andere Welt braucht Unterstützung.

Attac Österreich, <http://www.attac.at>

Bei unseren Kampagnen mit Spenden: <http://www.attac.at/spenden.html> oder durch Mitgliedschaft: <http://www.attac.at/mitglied.html>

Attac Schweiz: <http://www.schweiz.attac.org>  
<http://www.schweiz.attac.org/-Kontakt-und-aktiv-werden->

Attac Deutschland, <http://www.attac.de>  
Bei unseren Kampagnen mit Spenden: <https://www.attac.de/spenden.php> oder  
durch Mitgliedschaft: <https://www.attac.de/mitglied.php>

---

---